

Wer wir sind

DIE LINKE ist konsequente Friedenspartei. Wir treten für die soziale Frage, für Gleichberechtigung, für die Integration von Migrantinnen und Migranten und gegen jegliche Diskriminierung ein. Unsere Mandatsträger vor Ort setzen sich für eine direkte Einflussnahme und Mitgestaltung politischer Prozesse durch die Einwohnerinnen und Einwohner ein. Mit Martin Krieger und Arnold Radtke stellen wir bislang zwei Abgeordnete in Wetters Stadtverordnetenversammlung. Viele Entscheidungen jedoch werden auf überörtlicher Ebene getroffen. Um entsprechenden Einfluss auch im Landkreis geltend zu machen, kandidiert Martin Krieger für DIE LINKE zusätzlich bei der Kreistagswahl am 6. März 2016 auf Listenplatz 2, gemeinsam mit unserer Spitzenkandidatin Anna Hofmann aus Warzenbach (Listenplatz 1). Bei der letzten Kreistagswahl 2011 gewannen wir dort vier Abgeordnetenmandate.

Weitere Informationen auch im Internet:
www.linke-wetter.de

Unsere Kandidatenliste zur Kommunalwahl am 6. März 2016:

1. Martin Krieger
2. Arnold Radtke
3. Sabine Önogul
4. Dr. Jürgen Scheele
5. Gerd Krieg
6. Leon Wollmer
7. Bianca Archinal
8. Heidi Wollmer
9. Heino Trippler
10. Michael Nowak
11. Günter Müller-Wollmer
12. Madeleine Jana Balaj
13. Wolfgang Pohlmann
14. Friedemann Wehn
15. Gert Göring
16. Anna Hofmann

DIE LINKE.

**Ortsteile
zukunftsfähig
machen.**

www.linke-wetter.de

Kommunalwahl am 6. März 2016

**modern, sozial,
zukunftsfähig.
Für Wetter**

DIE LINKE.

Die Herausforderungen in unserer Kommune sind konkret und vielfältig. Ein Magistrat, der die Probleme lediglich verwaltet und in Ideenlosigkeit versunken ist, bietet keine Perspektive. Wer ein modernes, ein soziales und zukunfts-fähiges Wetter will, muss heute entsprechend handeln. Wir schlagen für Wetter und seine Ortsteile das folgende Gestaltungsprogramm vor:

Verfehlte Stadtentwicklung umkehren, Einzelhandel bürgernah stärken

Die Stadtentwicklung läuft fehl. Die Konzentration auf Wetters Neue Mitte führt zu Leerstand und Ladensterben. Insbesondere die Bereiche der Altstadt und jüngst des oberen Teils der Bahnhofstraße sind negativ betroffen. Ihnen werden die Kundenströme regelrecht entzogen. Für eine zukunftsfähige Gestaltung unserer Stadt ist diese Entwicklung umzukehren. Wir wollen einen Genehmigungsstopp für den weiteren Ausbau von Wetters Neuer Mitte. Stattdessen soll der bürgernahe Einzelhandel in der Altstadt und jenseits der Discounter gestärkt werden. Andere Städte machen es vor: Auch unsere Kommune kann eine Partnerschaft zur Attraktivierung von Einzelhandel und Dienstleistung gründen. Gemeinsam mit Gewerbetreibenden und Hauseigentümern soll die Altstadt kundenfreundlicher gestaltet, mit ergänzenden Marketing- und Serviceleistungen u.v.m. unterstützt werden.

Ortsteile fördern und digital zukunftsfähig machen

Die Zahl der Lebensmittelgeschäfte, Kneipen und Läden in Wetters Ortsteilen sinkt. Einkaufen im Ort ist heute oft nicht mehr möglich. Zugleich geht dort ohne Auto fast nichts. Es wird Zeit, die Möglichkeiten und Chancen der Digitalisierung für den ländlichen Raum zu nutzen. Wir schlagen vor, dass Magistrat und Parlament jährlich 10.000 Euro für die Entwicklung und Umsetzung innovativer Projekte des sozialen und bürgerschaftlichen Engagements ausschreiben. Gefördert werden soll jeweils ein Projekt, das durch digitale Vernetzung gegenseitiges Einkaufen, soziale Mobilität, Hilfe im Haushalt, bei Hausaufgaben und Kinderbetreuung etc. ermöglicht. Unsere Kommune sollte beginnen, die Chancen der Digitalisierung auf den ländlichen Raum zu übertragen und diesen mithilfe des Internets wieder attraktiver zu gestalten.

Kommunale Daseinsvorsorge gewährleisten

In den vergangenen fünf Jahren ist in Sachen Modernisierung der Stadthalle nichts passiert. Notwendige Investitionen sind ausgeblieben. Wir wollen, dass jetzt angepackt wird und die Stadthalle stufenweise renoviert oder in kommunaler Hand neu errichtet wird. Unser städtisches Hallenbad soll zudem an Sonntagen um vier Stunden länger geöffnet werden. Das ist unkompliziert umsetzbar und lediglich mit geringen Zusatzkosten für Personal verbunden.

Unsere Stadt muss darüber hinaus mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Haltepunkte in Niederwetter und Todenhausen sind wichtig. Der Linienverkehr in den Abendstunden sowie an Wochenenden muss ausgebaut werden. Hierzu ist dringend ein interkommunales Bündnis mit Wetters Nachbargemeinden erforderlich, um Druck auf die Träger des öffentlichen Nahverkehrs aufzubauen. Auch treten wir für die Einführung eines Sozialpasses ein, der Erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu kommunalen Einrichtungen gewährt.

Kinderbetreuung sozial gerecht umsetzen

Kinder sind Zukunft. Ein Platz im Kindergarten aber kostet zwischen 1.440 Euro (halbtags) und 2.304 Euro (ganztags) im Jahr. Zugleich zählt Wetter zu den wenigen Kommunen in Deutschland, in denen eine Sozialstaffelung nicht mehr besteht. Sie wurde von der städtischen Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen abgeschafft. Damit zahlen Geringverdienende für einen Kindergartenplatz genauso viel wie Gutverdiener und Reiche. Das ist sozial ungerecht und diskriminiert junge Familien sowie Mütter und Väter in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Soviel muss auch bei uns drin sein – Wetter braucht ermäßigte Kindergartenbeiträge für finanzschwache Familien und Alleinerziehende! Wir wollen die soziale Ungleichheit im Kindergarten beenden und gute Bedingungen für alle Kinder.

Voraussetzungen für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum schaffen

Wetters „Bullenstall“ ist ein Jugendhaus für die Jüngeren. An den wenigen Öffnungstagen unter der Woche schließt es bereits um 20 Uhr. Jugendliche ab 16 Jahren hingegen stehen bei uns buchstäblich auf der Straße. Für sie fehlt eine Alternative, ein Anlaufpunkt zum Treffen, Austauschen und Feiern. Ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, zu dem die Stadt die Räumlichkeiten stellt, schafft Abhilfe. Dieses soll ebenso als Proberaum für Bands und für Veranstaltungen genutzt werden können sowie Zugang zu freiem WLAN bieten. Mit einem selbstverwaltetem Jugendzentrum wollen wir einen Freiraum schaffen und Jugendlichen die Möglichkeit bieten, ihre Freizeit selbstbestimmt zu gestalten und nach ihren Vorstellungen mit Leben zu füllen.

Naturlandschaft erhalten, Energiewende im Einklang mit dem Naturschutz gestalten

Der Bau der Westumgehung Wetters ist im Gange. Die Trasse führt laut Planfeststellung zu einer hohen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, zu einem Verlust von landschaftsprägenden Strukturelementen und der Erholungseignung. Zusätzliche Auswirkungen auf Landschaft und Naturhaushalt zeitigen auch die Folgen der Energiewende in Form einer zunehmenden Zahl von Biogas- und Windkraftanlagen. Mais- und Rapswüsten zum

Anbau von Biomasse breiten sich aus. Gras- und Naturland, auf dem zuvor Wildtiere und -pflanzen residierten, schwindet. Wir wollen unsere nicht oder gering vorbelastete Naturlandschaft nicht unnötig weiter zerstören und die Energiewende im Einklang mit dem Arten- und Naturschutz gestalten. Wir sagen Nein zur Windenergienutzung dort, wo sie für die Menschen unzumutbar ist (Todenhausen/Mellnau) oder die Vereinbarkeit mit dem Artenschutz nicht gegeben ist (Wollenberg).

Verkehrsberuhigung durchsetzen, Zusatzbelastungen ausschließen

Der Autoverkehr hat Vorrang. Wer zu Fuß unterwegs ist, hat das Nachsehen. Überall fehlt es an Zebrastreifen. Ein sicheres Überqueren von Straßen gleicht einem Vabanquespiel. Für Menschen ohne Auto sowie Schülerinnen und Schüler der Burgwaldschule ist die Verkehrssituation in Wetters Neuer Mitte besonders gefährlich. Die B252neu geht zudem mit einer deutlichen Mehrbelastung (akustisch und visuell) von Wetter-West und Amönau einher. Ihre auf unabsehbare Zeit bloß teilweise Realisierung (Nordumgehung über die K123) führt zu erheblichen Lärm- und Verkehrsbelastungen für die Wohnbevölkerung im Norden Wetters, bis auf weiteres wird die Ortsdurchfahrt von Todenhausen nicht entlastet. Wetters verfehlte Verkehrspolitik muss thematisiert werden, Zusatzbelastungen

sind auszuschließen. Wir brauchen eine konsequente Verkehrsberuhigung (30 km/h) im Innenstadtbereich. Geschwindigkeitsbegrenzungen sind an allen Gefahrenbereichen, unterstützt durch Plateau-Aufpflasterungen und Zebrastreifen, einzurichten. Schulwege sind konsequent zu schützen.

Bürgerbeteiligung zum Haushalt ermöglichen

Andere hessische Kommunen machen es vor: Sie ermöglichen Bürgerbeteiligung bei Fragen rund um die Verwendung von öffentlichen Mitteln. Auch wir wollen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt direkt in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einbeziehen. Damit sie ihr Lebens- und Arbeitsumfeld mitgestalten können, sollen sie an der Planung der städtischen Finanzen beteiligt werden und sich beratend einbringen: Wofür soll unser Geld ausgegeben werden? An welchen Stellen kann gespart werden? Wie können mehr Einnahmen erzielt werden? Zu diesen und ähnlichen Fragen sollen die Bürgerinnen und Bürger eigene Ideen abgeben und Vorschläge anderer bewerten können. Dazu sind transparente und verständliche Haushaltsinformationen erforderlich sowie eine gleichberechtigte Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und den Einwohnerinnen und Einwohnern unserer Stadt. Wir setzen uns für eine moderne und bürgernahe Verwaltung ein.